Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4905**

16. Wahlperiode 29. 03. 2007

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Cornelia Behm und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einfuhrverbot für Produkte aus dem gentechnisch veränderten Mais MON863 anordnen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für den gentechnisch veränderten Mais MON863 liegt seit August 2005 (zur Verwendung als Futtermittel) sowie seit Januar 2006 (zur Verwendung als Lebensmittel) eine Genehmigung der EU-Kommission vor. MON863 gehört in die Gruppe der Bt-Maislinien (wie auch MON810 oder Bt176, d. h. sie enthalten ein Gen aus dem Bacillus thuringiensis zur Bildung von toxischen Eiweißen in der Pflanze).

Die Genehmigung für MON863 gilt bis August 2015 bzw. Januar 2016.

Inzwischen liegen neue wissenschaftliche Erkenntnisse vor, wonach die bei dem Zulassungsverfahren von MON863 geprüften Fütterungsstudien nicht den notwendigen Standards genügen. Die letzte vorgelegte Studie zu Fehlern bzw. Problemen, die bei den Fütterungsversuchen von MON863 bei Ratten aufgetreten sind, wurde erst vor wenigen Tagen von französischen Wissenschaftlern in der Fachzeitschrift Archives of Environmental Contamination and Toxicilogy (2007) publiziert. Demnach verursachte die Fütterung von MON863 bei einigen der Ratten Vergiftungssymptome und Schädigungen von Leber und Nieren.

Weiterhin enthält MON863 das Antibiotika-Resistenz-Gen nptII. Dieses wurde bisher von der Expertengruppe bei der europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) als weitgehend risikolos eingestuft. Dagegen zeigt eine aktuelle Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dass die fragliche Antibiotikagruppe in der Veterinärmedizin stärker verbreitet ist, als die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EBLS/EFSA) in ihrer Risikobewertung angenommen hatte.

Nach Artikel 23 der RL 2001/18/EG können Mitgliedsländer aufgrund neuer oder zusätzlicher Informationen, die sie seit dem Tag der Zustimmung erhalten haben, den Einsatz und/oder Verkauf dieses gentechnisch veränderten Organismus in ihren Hoheitsgebieten vorübergehend einschränken oder verbieten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- aufgrund der neuen und zusätzlichen Informationen im Hinblick auf die Gefährdung von Menschen oder der Umwelt ein Ruhen der Inverkehrbringensregelung für Produkte aus MON863 entsprechend Artikel 23 der RL 2001/18/EG einzuleiten;

- für ein für die Öffentlichkeit transparentes Verfahren bei der Überprüfung der neuen Erkenntnisse Sorge zu tragen, die zuständigen Behörden anzuweisen, unabhängige Wissenschaftler mit einzubinden sowie anzuordnen, dass die Beiträge der Experten sowie die Ergebnisse der Anhörungen unter den Experten veröffentlicht werden.

Berlin, den 29. März 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333